



NEOPLAN MUSS BLEIBEN



Mit Schrecken wurde bekannt, dass die traditionelle Omnibusherstellung in Plauen bald der Geschichte angehören soll. Seit Jahrzehnten werden in Plauen Busse hergestellt. Nun soll das NEOPLAN-Werk in Plauen geschlossen werden.

Neben der Schließung der ENKA, der Plamag, der Plauener Gardine und vielen weiteren traditionellen vogtländischen Unternehmen sollen nun auch bei NEOPLAN die Werkstore geschlos-

sen und die Produktion in die Türkei verlegt werden. Plauen ist mit dem Neoplan-Werk der letzte MAN-Bus-Standort in Deutschland.

Klar ist: Der Standort kann letztlich nur von den Beschäftigten mit Unterstützung von Gewerkschaft und Politikern gehalten werden.

DIE LINKE stellt sich klar an die Seite der Neoplaner. Das Vogtland braucht Unternehmen, die gute Löhne zahlen

und nicht ihren Gewinn durch Leiharbeiter und Niedriglohn immer weiter steigern wollen. Die vogtländische LINKE sieht eine zunehmende Deindustrialisierung. Wann reagieren endlich die Landesregierung, der Landrat und der Oberbürgermeister der Stadt Plauen auf diese Entwicklung. Vor ein paar Jahren hatte man sich noch öffentlich als Retter von NEOPLAN feiern lassen.

aus dem Inhalt:

| | |
|--|------|
| Wir brauchen kein zweites Wunsiedel..... | S. 2 |
| Polizeieinsatz in Plauen am 1. Mai..... | S. 4 |
| AG Kommunalabgaben in Aktion..... | S. 7 |
| Cuba Si in Cuba aktiv..... | S. 8 |



WIR BRAUCHEN KEIN ZWEITES WUNSIEDEL

Die Demonstrationen zum 1. Mai in Plauen in diesem Jahr müssen ein Warnsignal für die Stadt Plauen und das Vogtland sein. Dank ihrer „Erfolge“ in den letzten Jahren kommen immer mehr Rechtsextremisten nach Plauen, um hier zu demonstrieren. Dieses Jahr hatte die Anzahl der Rechtsextremisten eine erschreckende Höhe erreicht. Dabei wird die Demonstration in Plauen zum Anziehungspunkt nicht nur von Nazis aus Sachsen und Bayern, sondern auch aus Europa.

Obwohl dieses Jahr ein breites Aktionsbündnis zu Gegenprotesten aufgerufen hat und weitere Demonstrationen im Stadtgebiet stattfanden, war die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend. Jede erfolgreiche Demonstration der Rechtsextremen ist für diese eine Einladung, wieder zu kommen. Plauen läuft Gefahr, ein zweites Wunsiedel zu werden. Die bayrische Stadt kämpft bis heute mit einem

durch Demonstrationen verursachten Negativimage.

Wegschauen und die Fenster schließen hilft hier nicht mehr. Alle Plauerinnen und Plauerer, Vogtländerinnen und Vogtländer sind hier gefragt den Nazis zu zeigen, dass sie hier nicht gewünscht sind.

Einer engagierten Gruppe, von meist jungen Menschen ist es zu verdanken, dass die Strecke der Rechtsextremisten um einiges verkürzt wurde. Ein zu begrüßender Teilerfolg. DIE LINKE Vogtland und die Linksjugend [solid] Vogtland erklärt sich solidarisch mit den Menschen, die mit ihrer Blockade von einem legitimen Mittel Gebrauch gemacht haben und den Nazis die Straßen Plaueus nicht überlassen wollten.

Das zur Zeit auch in den Medien diskutierte Fehlverhalten der Polizei verurteilen wir. Dieses muss Konsequenzen

haben. Es kann nicht sein, dass friedliche Gegendemonstranten kriminalisiert werden, Kirchen geräumt und die Türen zum Gotteshaus verschlossen werden müssen. Gegendemonstranten wurden stundenlang durch die Polizei festgehalten, auch nach Ende der Nazikundgebung. Aber die Rechtsextremen konnten, teils mit nur wenig Kontrollen, durch die Stadt laufen. Auch Anzeigen wegen Volksverhetzung wurden nicht aufgenommen.

Für uns stellt sich die Frage, wann der Landrat als Chef der Versammlungsbehörde endlich versucht, mit allen Mitteln gegen rechtsextremistische Demonstrationen vorzugehen? Wann hört das Wegschauen endlich auf?

Wir sind das Wegschauen leid!

*DIE LINKE Vogtland /
Linksjugend [solid] Vogtland*

DANKE FÜR EINEN ENGAGIERTEN WAHLKAMPF

Ein anstrengender, aber guter Wahlkampf liegt hinter uns. Im Vogtland haben sich fast 100 KandidatInnen entschieden, das Gesicht der LINKEN vor Ort zu sein.

Wir wollen an dieser Stelle Danke sagen. Danke an alle, die bereit waren, für DIE LINKE zu kandidieren und unsere Dank gilt auch allen, die bis jetzt viele Jahre kommunalpolitisch aktiv waren und nun den Staffelfstab an neue Kommunalpolitiker abgeben werden.

Hinter uns liegt ein Wahlkampf, bei dem wir über 221.000 Flyer und Zeitungen, an die Wählerinnen und Wähler oder in die Briefkästen gebracht haben. Bei rund 230.000 Einwohnern ist dieses, bei den wenigen, auf die diese Arbeit verteilt war, ein sehr gute Leistung. Ca. 2000 Plakate hängen entlang der vogtländischen Straßen, das ist mehr als in den letzten Wahlkämpfen. Dank der neuen Internetseite und der aktiven Unterstützung der Linksjugend konnten wir einen guten Onlinewahlkampf durchführen

Daher wollen wir Danke sagen unabhängig vom Ergebnis.

Jetzt müssen nur noch die Wählerinnen und Wähler erkennen, dass wir die soziale Kraft vor Ort sind und wir für Verbesserungen kämpfen. Aber wie ihr wisst, ist der Wählerwille für uns unbegreifbar, denn auch zur Bundestagswahl haben sich viele Vogtländerinnen und Vogtländer gegen Frieden, Mindestlohn und gleiche Renten mit ihrer Stimme für die CDU entschieden.

Gerade deshalb danken wir allen Wählerinnen und Wählern von ganzem Herzen, die links gewählt haben!

*Janina Pfau Kreisvorsitzende
André Hegel für die AG Wahlen*

UNSERE FRAKTION IM KREISTAG

lt. vorläufigen Wahlergebniss

*WK 01 Schumann, Klaus
WK 02 Klarner, Waltraud
WK 03 Heyne, Dieter
WK 04 Stöhr, Reiner
WK 05 Pfau, Janina
WK 06 Mieth, Volker
WK 07 Seidel, Hermann
WK 08 Höllrich, Thomas
WK 08 Ruß, Henry
WK 09 Dr. Netzsch, Wolfgang
WK 10 Seidel, Uta
WK 10 Hinz, Wolfgang
WK 11 Wohlrab, Michaelae
WK 12 Descher, Agnes*

UNSERE FRAKTION IN PLAUEU

lt. vorläufigen Wahlergebniss

*Hinz, Wolfgang
Hänsel, Claudia
Rank, Petra
Seidel, Uta
Jäger, Klaus
Hegel, André
Rüdiger, Tobias
Reißner, Ilka
Herold, Daniel*

(Sortierung nach Stimmen)

LINKE AM 1. MAI IN RODEWISCH

Entsprechend einer langjährigen Tradition zeigten wir auch in diesem Jahr unsere Präsenz auf der Schlossinsel in Rodewisch beim Treffen der Jawa-Freunde. Wir wurden schon erwartet und von den Veranstaltern freundschaftlich begrüßt. Wie jedes Jahr waren mehrere Hundert auf der kleinen Insel. Viele zeigten sich auch an unserem Stand und kamen mit uns ins Gespräch. Besonders ansprechend war es für Viele, dass wir die Forderung nach Frieden in den Mittelpunkt gestellt haben.

Es war auch gut, dass wir die Wahl-flyer von Rodewisch schon hatten, sowie die Wahlzeitung mit den Kandidaten für die Kreistagswahl. Wir hatten uns in diesem Jahr mehrfach beraten, ob wir den Stand auf der Schlossinsel besetzen oder mit nach Plauen zur Maiveranstaltung gehen. Im Ergebnis schätzen wir ein, dass es richtig war, auch in diesem Jahr unsere Tradition fortzusetzen.

Trotz des erfolgreichen Auftretens unserer Kandidaten waren wir am Abend sehr enttäuscht, dass bei den Berichterstattungen aus Plauen mit keiner Silbe unsere Partei erwähnt wurde, während ausführlich die Standpunkte der SPD und der Grünen gebracht wurden sowie die Sympathieerklärungen der Kirche mit den Nazigegegnern. Nur vereint können Wirkungen erzielt werden gegen die Aufmärsche der Braunen. Das haben uns doch die Erfahrungen der Großstädte gezeigt.

Ursel Mieth - DIE LINKE Göltzschtal



ERSTE ETAPPE IM WAHLKAMPFJAHR GESCHAFFT

Mit den Wahlen am Sonntag ist die erste Hürde im Wahlkampf geschafft. Viele fleißige Helfer haben Flyer und Zeitungen verteilt oder plakatiert. Ihnen nochmals herzlichen Dank.

Zum Wahlkampf gehörten aber auch zahlreiche Info-Stände, an denen sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten vorstellten. Ein Höhepunkt war dabei der Informationsstand zum Plauener Frühling. Hier nutzten viele Besucher des Festes die Möglichkeit, mit uns ins Gespräch zu kommen.

Die Gesprächsthemen waren sehr vielfältig, von der Europapolitik über Kommunalpolitik bis hin zu Problemen des Alltags. Sehr gerne nahmen die Besucher unser Wahlmaterial, wie Flyer, Zeitungen und Werbeartikel mit, was teilweise zu Engpässen führte. Ein Zeichen, dass sich Info-Stände weiterhin lohnen, um direkt mit den Leuten zu reden. Auch für unsere Kandidaten, die zum ersten Mal für ein Mandat antreten, war dies eine neue und wichtige Bewährungsprobe. Nun heißt es, die Wahlen abzuwarten und auf ein gutes Ergebnis hoffen.

Petra Rank - Plauen



DIE LINKE MEINT ES (MIT) ERNST.

Mitte Mai besuchte die sächsische Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst das Vogtland. Zusammen mit der Landtagskandidatin Janina Pfau besichtigten sie das Mehrgenerationenhaus der Volkssolidarität Plauen/Oelsnitz in Oelsnitz.

In vielen produktiven Gesprächen tauschten sich die zwei Politikerinnen mit den Mitarbeitern und der Geschäftsführerin über die Entwicklung und Probleme des Hauses, sowie über die Arbeit mit den Senioren und den Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung aus.

Im Anschluss fand ein gut besuchter Informationsstand auf dem Plauener Theaterplatz statt. Hier konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Europapolitik und das Wahlprogramm zur anstehenden Europawahl informieren.

André Hegel - Plauen



WÄREN WIR ALLE DIE JÖBNITZER NOCH 50 METER WEITERGEGANGEN...

Polizei-Einsatz am 01. Mai in Plauen

Als Teilnehmer der friedlichen Proteste gegen den Großaufmarsch bundesdeutscher und ausländischer Neonazis muss ich mich einfach zur offiziellen Berichterstattung äußern! Zunächst möchte ich mich bedanken beim DGB, dem Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts und besonders beim Runden Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage für die Organisation der Proteste in Hör- und Sichtweite gegenüber den Ewiggestrigen. Endlich hat die Einsicht gesiegt, dass Aktionen und Gebete fernab der Auftritte der Neonazis nicht zu deren Zurückdrängung oder deren Schwächung führen!

Bedanken möchte ich mich auch bei der Einsicht in der Polizeiführung, friedliche Protestierer nicht durch martialisches Schutzkleidung abzuschrecken oder einzuschüchtern. Nun kommt das Aber!

Von der Bühne wurde der „Erfolg“ unserer Proteste verkündet und wir konnten zufrieden nach Hause gehen. Als wir das tun wollten, mussten wir einen Polizeieinsatz vor der Paulus-Kirche erleben, der mit Demokratie aber nichts mehr zu tun hat! Wo war da die Presse und Öffentlichkeit? Ein kleines Team

des MDR-Fernsehens stand abseits - und traute sich wohl nicht, Filmaufnahmen vom rabiaten Vorgehen der Polizei zu machen? Wir und andere Passanten wurden von der Polizei abgedrängt - sie wollte keine Zeugen! Wir sahen die Dixi-Toilette neben der Kirche stehen und überlegten, ob wir sie nutzen können. Da waren die Blockierer schon eingekesselt und einige mit Gewaltanwendung aus der Kirche getrieben worden. Lag diese Toilette nun nach dem Polizei-Einsatz oder vorher auf der Straße, wie im MDR-Sachsenspiegel gezeigt?

Den beiden sympathischen Ordensschwestern aus Selbitz kann ich nur zustimmen: Wir würden auch an der Blockade teilnehmen, wenn sich etwas ergibt! Denn dass die Neonazis ihre Strecke ein bisschen verkürzen mussten lag nur an den Blockierern - nicht an uns Protestierern!

Denn sie sind doch gelaufen und kommen sicher „gern“ wieder, werden sie doch von unserer Polizei im Interesse des Demonstrationsrechtes geschützt. Unsere Proteste fanden diese Neonazis somit nur als Ansporn für ihre „Rechte“- mit Demagogie und Popu-

lismus ihre Ideologie zu propagieren.

Der Runde Tisch führt auch das Wort Zivilcourage im Logo! Ich wünsche mir diese von einer größeren Zahl von Bürgern, dem Oberbürgermeister, dem Landrat: es ist doch eindeutig: Nur Blockaden verhindern das Marschieren der Neonazis! Friedliche Blockaden sind Ausdruck des zivilen Ungehorsams! Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Wären wir alle die Jöbnitzer noch 50 m weiter gegangen, hätte die Polizei auch keinen Anlass für ihren rabiaten Einsatz vor der Kirche gefunden!

Eindeutig distanzieren ich mich von Gewaltanwendung, Sachbeschädigung und anderen Straftaten. Die Sächsische Justiz sollte den zivilen Ungehorsam (gegen ein Blockadeverbot) immer im Zusammenhang zum jeweiligen Anlass beurteilen. Ich wünsche mir eine Diskussion in unseren Medien zum Thema Recht auf Blockaden gegen Neonazis und damit gegen Demokratiefeinde.

Peter Jattke - Treuen (red. gekürzt)



WÜRDIGES GEDENKEN - UNWÜRDIGE DEMÜTIGUNG

Kränze hatte sie niedergelegt, Traditions- und geschichtsbewusst zum 69. Jahrestag des Kriegsendes, oder, wie ich es doch weiterhin lieber bezeichnen würde, dem Tag nicht nur unserer Befreiung vom Hitlerfaschismus, ehrenvoll an den Gräbern der Rotarmisten. Hatten doch immerhin 11,4 Millionen Sowjetsoldaten im Kampf dafür ihr Leben gelassen. Waren viele Millionen als Kriegsgefangene, in KZ oder sonstige Kriegsoffer durch deutsche Schuld zu Tode gekommen. Fast 27 Millionen unschuldiger Opfer hatte die Sowjetunion zu beklagen.

War solcherart Ehrung erst recht angebracht in diesen Tagen, da sich Hass, Lüge und Verleumdung des Westens - leider auch Deutschlands Regierung - einseitig gegen Russland richten. Und so würde ich dem VVN-BdA Vorsitzenden Peter Giersich durchaus Recht geben, wenn er meint: „EU- und Nato-Osterweiterung wie auch der Sturz der Regierung in Kiew haben das Sicherheitsgefühl der Russen erschüttert.“ Er bezeichnete die Situation als „unerträgliche antirussische Stimmung“, womit er sich angeblich „ganz in die Nähe von vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestufte Gruppierungen“ begeben hätte. (Freie Presse Reichenbach vom 09.05.2014)

Sind wir schon wieder soweit in unserem ach so „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“? Würde ich mich - gelernt aus der Vergangenheit - doch

gleich gern auf die Liste solcherart „Verdächtiger“ setzen lassen. Wenn gleich: Bin ich doch überzeugt, dass ich dort längst solcherart erfasst bin. Gelle, Herr Innenminister de Maiziére?

Hätte doch gerade jene Behörde ausreichend Gelegenheit gehabt, den „Schutz der Verfassung“ in Plauen nachzuweisen, wo Neonazis behördlich genehmigt lautstark und provokatorisch durch die Straßen demonstrieren. Geschützt von einer Polizei, die lieber aufrechte Demonstranten zusammentrieb, mit Schlagstöcken und Pfefferspray „behandelte“, hunderte dann „erkennungsdienstlich“ - sächsische Spitzenpolitiker darunter - behandelte. Eine Kirche selbst erstürmt. Grundlos und gegen den Protest des Pfarrers, des Landesbischofs später sogar. Da war nichts mit „Verfassungsschutz“.

Ich würde den "Wieder-Marschierern" samt ihren solcherart „Beschützern“ die Erkenntnis von Erich Kästner in

Dienstbuch schreiben, als Marschbefehl mit auf den Weg geben:

„Marschliedchen (1932)

Wie ihr´s euch träumt, wird Deutschland nicht erwachen.

Denn ihr seid dumm, und seid nicht auserwählt.

Die Zeit wird kommen, da man sich erzählt:

Mit diesen Leuten war kein Staat zu machen!“

Wie warnte doch Anton Jermakov, Vertreter des russischen Konsulats in Leipzig, der auf deutsch den Anwesenden ans Herz legte: „Moralisch haben wir heute nicht das Recht zu vergessen.“ Stattdessen müssten die Menschen wachsam sein. „Braune Flecken in der Landschaft verhindern und Lehren aus dem zweiten Weltkrieg ziehen. Sein Vorschlag: Friedliche Koexistenz. Na eben. Die Hoffnung sollte zuletzt sterben.

Jürgen Böhm - Schöneck



META UND DER ERSTE MAI

De Neideiteln ruft ihr Freindin, de Meta in Falknstaa a un darzeht ihr: „Denk darsch ner, ne erschten Mai woar in Plaue dr Teifel loos. Sodom und Gomorra is e Scheißdreck dargeeng, wies do zunging! Do hat de Polente de Pauluskerch brutal gestürmt un zweehunnert friedliche Kerchgänger, die e Andacht gehaltn hamm, ins Freie rausgetriem un sogar noch de Kerntrepp noo geschuppt. Dennen woars scheißegal ob siech de Leit do darbei woas hätt brechn kenne oder net.“

Drauf de Meta: „itze hamm se letzte Tabu, de Kerch als neutrale Zone ze reschpektiern, in dr sächsischn Poletik gebrochen. In de Kerch eizedringe un de Leit rauszegong hot siech de Polizei net e moll frieher beim Spitzbart oder beim Honnecker getraut.“

„Ja Meta, du host ja raacht“, soocht de Neideiteln, „Un dennen iehr Innenminister hot des des noch fier rischtisch gehaltn, des siech sei Polente auffiehr, wie de Texasrancher im Wild-Westfilm. Un des nennt siech großfressisch Demokratie. Wo sei mer ner hie gerooten miet derer Bagasch, die net emoll es Kerngerecht mehr achtn. Iech kaa ner soong, Pfui Teifel!“

Dieter Riedler - Leubnitz

DIE RÜDESHEIMER GERMANIA UND ETWAS NVA-TRADITIONSPFLEGE IM MDR

2014 bei einer nd-Leserreise erlebt

Am 9. Mai, gerade vor dem Hotel dem Bus nach einem Besuch der großen Germania am Niederwalddenkmal in Rüdeshcim entstiegen, gab's noch einen weiteren historischen Leckerbissen in Sachen Traditionspflege zu bewundern. Im TV Nachmittagsprogramm von MDR- aktuell wurde gerade die hasserfüllte Auseinandersetzung des neurotisch fixierten Herrn Knabe mit den DDR-Symbolen mit einem eigenen Beitrag zu heutzutage verruchten NVA-Effekten und Abzeichen unterlegt. Traditionspflege ehemaliger NVA-Angehöriger halt; einer Truppe, die - wie bekannt sein sollte - nie einen Krieg geführt hat. Ein Eisernes Kreuz, wie an den vorbei fahrenden Fahrzeugen der Bundeswehr zu sehen, war freilich noch nicht dabei. Stattdessen wurde im Text, klar gemacht: Unnütze DDR-Nostalgie! Diese Leute haben nichts gelernt. Die NVA schließlich eine Armee eines Unrechtsstaates. Eben wie wieder und wieder im MDR zu sehen und zu hören.

Nun könnte man meinen, dass es sich bei der Film-Autorin um ein dem Zeitgeist ergebendes, profilierungssüchtiges Entlein handelt, das eben auch mal draufhauen will. Ein Einzelfall? Solch ein Irrtum kann man leicht korrigieren, wenn man sich die allwöchent-

lichen Geschichtsbeiträge ihres Senders vergegenwärtigt. In den Ost(Geschichte)-Sendungen werden Vermutetes, halb Wahres, viel Gelogenes und böswillig Unterstelltes kräftig mit etwas Wahrem salbungsvoll verrührt und dann als objektive „DDR-Geschichtsaufarbeitung“ verkauft. Knabe und all die Gesalbte in der Erinnerungsindustrie wird es freuen. Auftrag ist halt Auftrag!

Die Rüdeshimer Kolossalfiguren bläsen seit mehr als 100 Jahren mit aller Hingabe die Kriegsfanfaren. Werden von Touristen aus aller Welt besucht, sind Pilger-Ort für Kaiser und Führertreue - Was stört es die Zeitgeisttreuen im MDR? All ihre Aufmerksamkeit und Kraft gehört dort offenbar den Kokarden, Kragenspiegeln und Ärmelpatzen der NVA.

Von den Denkmalpflegern im Bundesland Hessen wurde wenigstens vor dem Denkmal in Rüdeshcim auf einer Tafel vermerkt: „Die Hauptinschrift am Sockel der Statue betreibt Geschichtsklitterung. Durch die Wortwahl ‚Wiederaufrichtung‘ soll das wilhelminische Kaiserreich in der Tradition des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gestellt und damit historisch legitimiert werden.

Erst recht konnte von einer ‚einmüthigen siegreichen Erhebung des deutschen Volkes‘ keine Rede sein. Die Gründung des deutschen Kaiserreiches wurde mitnichten durch einen Volksaufstand ‚von unten‘, sondern durch eine Machtelite ‚von oben‘ herbeigeführt. - Das Volk spielt auf dem Nationaldenkmal nur eine Nebenrolle.“

Etwas von solcher Art Gelassenheit begegnet man auch in der unweit entfernten Stadt Speyer. An einen Marktbrunnen, der 1930 als Ehrenmal für die im 1. Weltkrieg für "Kaiser und Vaterland Gefallenen des 1. Weltkrieges" errichtet wurde, ist zu lesen: „Die Inschrift und Relief sind Ausdruck des damaligen Zeitgeistes.“

Vom heutigen Zeitgeist in Mitteldeutschland und seinem Sender war oben zu lesen.

Paul Jattke - Chemnitz

KÖNNEN WIR NICHT STOLZ AUF DEUTSCHLAND SEIN?

Jeden Morgen, wache ich auf, und kaum schaue ich aus meinem Fenster, sehe ich ein NPD Plakat. Heute Morgen habe ich die tolle Rückseite bewundern dürfen „Höchststrafe für Kinderschänder“ stand darauf. Ich habe mich als erstes gefragt, wieso dürfen die ein Plakat vor meinen Schlafzimmerfenster aufhängen und wieso überhaupt.

Diese Botschaft ist so was von abgedroschen und unnützlich, das es höchstens den Menschen hilft, die Ihren Menschenhass zum Ausdruck bringen wollen. Es hilft in keinster Weise Pädophilen, und es hilft auch nicht, mit diesem Phänomen in der Gesellschaft umzugehen.

Reicht es nicht, Flyer in den Briefkästen zu bekommen?

Noch so eine Frage von mir ist: Wieso dürfen die zum 1. Mai demonstrieren? Wir wollen unseren Arbeitertag und uns nicht versauen lassen. Was soll das? Die Kriegskinder wollen Ruhe, und nicht immer an ihr Trauma erinnert werden. Reicht es nicht, dass die Menschen in ihren Träumen ein Leben lang verfolgt werden?

Sie getrauen sich nicht einmal von ihrer Vergangenheit zu berichten, weil sie ja nicht als Opfer dastehen wollen. Denn das sind ja andere, die umgebracht wurden. Aber die Denkweise ist nicht ganz richtig. Auch die Deut-

schen haben seelische Probleme, und die müssen ausgesprochen werden. Ansonsten werden die Probleme an die Kriegsenkel weitergereicht und die fragen sich dann, warum sie Existenzangst haben oder andere psychische Probleme, etwa durch den autoritären Erziehungsstil mit Schlägen, der hoffentlich nicht noch weitere Generationen in die psychische Krankheit treibt. Dieser Erziehungsstil wurde zur Nazi-Zeit ausgeführt und treibt wahrscheinlich noch heute sein Unwesen in manchen deutschen Familien.

Andre Englert - Plauen

AG KOMMUNALABGABEN VOGTLAND

bei der Partei DIE LINKE ist aktiv

In den letzten beiden Ausgaben des Vogtlandboten informierten wir über die Gründung und über die wichtigsten Forderungen unserer AG. Für die Mitarbeit im Vorstand unserer AG haben sich inzwischen Gertraude Reichstein und Volker Mieth bereit erklärt. Die Kommunikation in der AG erfolgte bis jetzt unkompliziert über Mail, Telefon und in persönlichen Gesprächen.

Ende April habe ich dem Runden Tisch Abwasser Vogtland in deren Sitzung in Wetzelsgrün unsere Forderungen vorgetragen. Dabei haben wir festgestellt, dass eine Zusammenarbeit vor allem möglich ist, wenn Terminverlängerungen in den Fällen durchzusetzen sind, in denen die in der EU-Richtlinie genannten Ausnahmen geltend gemacht werden können, und wenn es darum geht, Bürgern zu helfen, deren Einkommen nicht über dem Existenzminimum liegt und die deshalb Anspruch auf Grundsicherung im Alter, auf Hilfen zum Lebensunterhalt oder auf Hartz IV haben.

Hier müssen sich Sozialamt oder Jobcenter zumindest teilweise an den Anschaffungs- und Betriebskosten beteiligen, vorausgesetzt, die betroffenen Grundstückseigentümer verfügen über kein ausreichendes Vermögen. Sicher kann so z.B. einigen alleinstehenden Eigenheimbesitzern, die nicht mit Nachbarn eine gemeinsame vollbiologische Kleinkläranlage anschaffen können oder wollen, die Sorge über die sehr hohen Leerungskosten für abflusslose Gruben genommen werden.

Im Ergebnis des Gesprächs am Runden Tisch Abwasser haben wir die Forderungen unserer AG folgendermaßen ergänzt:

Grundsätzlich fordern wir, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie so umgesetzt wird, dass die Lebens- und Existenzbedingungen im ländlichen Raum für alle Betroffenen gewahrt werden.

Für Grundstücke, für deren Abwasserbeseitigung nach Stand der Technik auf Grund ihrer Lage auch bei der wirtschaftlichsten Lösung überdurchschnittlich hohe Kosten entstehen,

sollen die Fördermittel erhöht werden, wenn betroffenen Grundstückseigentümern die Finanzierung nicht möglich ist.

Generell sind Abweichungen vom Abwasserbeseitigungskonzept des ZWAV zu akzeptieren, wenn der Grundstückseigentümer eine nachhaltig wirtschaftlichere Alternative vorschlägt, die keinen anderen belastet.

Die meisten Anrufer, die sich an mich wenden, enttäusche ich sicher: Die Annahme, dass die EU für die Aufrüstung der Kleinkläranlagen Zeit bis Ende 2027 lässt und dass nur Sachsen in Deutschland den Termin 31.12.2015 stellt, ist falsch. Wir können auch nicht die Auffassung unterstützen, der geforderte Reinheitsgrad des Abwassers sei bereits durch die Beschränkung auf den Gebrauch biologischer Waschmittel erreichbar oder die Dreikammereklärgrube entspräche heute dem Stand der Technik.

Aber einigen Betroffenen können wir hoffentlich helfen. So haben Gertraude Reichstein und ich eine Eigenheimbesitzerin aufgesucht, die sich in einer persönlich sehr schwierigen Situation befindet und für deren Grundstück nach unserer Einschätzung die in der EU-Richtlinie genannten Ausnahmen zutreffen. Für sie wollen wir eine Terminverlängerung durchsetzen. Deshalb haben wir uns mit der Bitte um ein Gespräch an den Vorsitzenden des ZWAV, Herrn OB Oberdorfer, gewandt. Eine Antwort auf unseren Brief wurde uns in Aussicht gestellt. Über das Ergebnis werden wir informieren.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.

WELTBRAND

Auch wenn es schon ermüdet – das Jahr 2014 ist zum Mega-Erinnerungsjahr gemacht worden. Vor hundert Jahren begann der Erste Weltkrieg, jener Völkermord, dem rund 17 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Publizistik läuft auf Hochtouren. Über 150 Untersuchungen sind auf dem Markt, kaum eine marxistische ist darunter. Nicht wenige buhlen um Aufmerksamkeit mit abstrusen Theorien.

Schlafwandeln und verhinderte Siege sollen Deutschland von seiner aktiven, besonders aggressiven Rolle als Kriegstreiber 1914 entlasten. Auch alle anderen waren schuld. Das ist bei einem imperialistischen Krieg kein Wunder, denn es geht um Macht, Geopolitik, vor allem um Wirtschaftsinteressen.

Nationalismus, Chauvinismus, Religion sind nur die Kostümierungen. Nur, die meisten der vielen Autoren blenden die tieferen Fragen nach den tieferen, sozialökonomischen Ursachen aus. Dem muss widersprochen werden. Fast alle ignorieren, was auf diesem Felde kritische vorgelegt haben, Selbst die bislang als gesichert geltende Erkenntnis des Hamburger Historikers Fritz Fischer aus den 1960er Jahren, Berlins "Griff nach der Weltmacht" sei die Hauptursache des großen Sterbens gewesen, wird in Abrede gestellt. Nur konsequent ist es, dass auch die substantiellen Untersuchungen von DDR-Historiker ignoriert werden.

Das vorliegende Buch dringt dagegen zu Ursprung und Wesen dieses (wie aller) Kriege vor. Er beschäftigt sich aber auch mit der verhängnisvollen Rolle der Sozialdemokratie, die ihren Burgfrieden schloss mit den Kriegstreibern ihrer Länder und mit der herrschenden Klasse, was zwangsläufig zur Zerreißprobe für die linken Kräfte wurde und zur Gründung neuer Parteien führte. Nein, Geschichte wiederholt sich nicht. Aber Fehler können zweimal gemacht werden.

Stefan Bollinger: Weltbrand, "Urkatastrophe" und linke Scheidewege Fragen an den "Großen Krieg", Verlag am Park (Eulenspiegel-Verlagsgruppe) Berlin 2014, ISBN 978-3-945187-00-5, br., 220 Seiten, 16,99 Euro

WORKCAMPS VON CUBA SÍ

Mehr als 50 Jahre unterliegt Kuba der Blockade durch die USA und vieler ihrer Handlanger einschließlich der Bundesrepublik. Die sehr weit gehende Blockade betrifft als Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargo fast alle Bereiche des Lebens auf Kuba, was auch wir während unserer Besuche in den Provinzen Pinar del Rio (2012) und Guantanamo (2014) beobachten konnten. Umso stärker waren unsere Gruppen von den Leistungen des kubanischen Staates und seiner Bürger beeindruckt.

Wir waren immer Gast von ACPA (Vereinigung der kubanischen Tierproduktionsbetriebe), der kubanischen Partnerorganisation von Cuba sí. Die ACPA-Chefs der Provinzen haben dafür Sorge getragen, dass wir viel von Land und Leuten Kubas kennen lernen konnten. In erster Linie die Landwirtschaftsprojekte von Cuba sí mit ihrem Kernstück, der Milchproduktion, denn der kubanische Staat stellt nach wie vor sicher, dass alle Kinder bis zu ihrem 7. Lebensjahr täglich Milch erhalten. Die 19.000 Rinder des 20.000-ha-Zuchtbetriebes "Camilo Cienfuegos" (Provinz Pinar del Rio), in dessen Schulungsobjekt wir wohnten, dienen der Milch- und Fleischproduktion. Für die Landwirte unter uns war Vieles sehr interessant. Wir erhielten Kenntnis von den Zuchtprogrammen Kubas, die auf den Rassen Jersey und Siboney de Cuba (3/8 tropenangepasstes Zebu, 5/8 leistungsorientiertes Holstein-Friesian-Rind) beruhen und von den Methoden der Kälberaufzucht, die der unseren ganz ähnlich sind. Wir waren auch von der Sauberkeit auf den Melkständen der 220-er Milchviehanlagen und der in einigen Objekten installierten Mini-Biogasanlagen beeindruckt. Natürlich ist die Milchleistung in den Anlagen mit der unseren nicht vergleichbar. Die sehr extensive Produktion mit vorwiegend Weidegang und offensichtlich fehlendem Eiweiß im Futter erlaubt nur eine geringe Milchmenge. Deshalb waren wir auch damit beschäftigt, beim Anbau von Eiweißpflanzen (Morera-Maulbeere) zu helfen. Auch bei der Verbesserung der Grundfütterversorgung durch die Neupflanzung von Futtergras und bei der Stallreinigung und Desinfektion konnten wir helfen.



Bei unserem Besuch in der Provinz Guantanamo halfen wir bei der Pflege von Nahrungskulturen. Kuba muss noch immer 60 % der zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Lebensmittel importieren. Trotzdem ist Kuba das einzige Land in Mittel- und Südamerika, in dem der Hunger besiegt ist. Auf Grund der Blockadepolitik des Westens unter Führung der USA gibt es überall Engpässe, so auch bei der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft. Das führt dazu, dass landwirtschaftlich nutzbare Flächen brach liegen. Die neue Landwirtschaftspolitik des kubanischen Staates orientiert auf die Erhöhung der Eigenversorgung mit Lebensmitteln durch Ausdehnung der Anbauflächen auf die Brachen und Anreize für die Produzenten. So können diese seit Januar 2014 Teile ihrer Produktion selbst vermarkten.

Wir beobachteten auch, dass die auf großen Flächen praktizierte extensive landwirtschaftliche Produktion sich positiv auf die Natur auswirkt. Viele Arten von Vögeln, Libellen, Schmetterlingen, Reptilien konnten wir beobachten.

Natürlich unternahmen wir reichlich Ausflüge. Wir besuchten Havanna, Baracoa, Santiago de Cuba, den Nationalpark Viñales mit seinen interessanten Kalkfelsen, La Guira mit einem Kommandostand von Che, den Humboldt-Nationalpark, ein Naturschutzgebiet mit 5000 ha und einer nicht kommerziellen Krokodilfarm, die dem Erhalt des Spitzkrokodils dient, sowie eine Touristenoase mit abgeschlossenem Gestüt.

Eine Teilnahme an den jährlich durch Cuba sí organisierten Workcamps ist lehrreich, erholsam und hilft den Solidaritätsgedanken zu unterstützen.

Ursula und Hellmut Naderer

WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die im Juni Geburtstag feiern können. Besondere Glückwünsche an jene, welche einen „Runden“ begehen oder die 80 überschritten haben:

| | | |
|-----------------|---------------|-----|
| W. Beyer | Plauen | 03. |
| Edelgard Gork | Plauen | 03. |
| Günter Lorenz | Dorfstadt | 03. |
| L. Rieger | Pöhl | 03. |
| Karl Gromoll | Klingenthal | 05. |
| Werner Jacob | Plauen | 05. |
| M. Geipel | Klingenthal | 11. |
| Ilse Seidel | Plauen | 11. |
| Gerda Röder | U.heinsdorf | 12. |
| Horst Konrad | Reichenbach | 13. |
| G. Winkler | Treuen | 14. |
| Emil Uhl | Bad Brambach | 15. |
| Rita Ebert | Reichenbach | 16. |
| R. Giersich | Auerbach | 18. |
| Henry Otto | Auerbach | 20. |
| Margot Bauer | Reichenbach | 23. |
| H. Kallaucke | Schreiersgrün | 25. |
| Ruth Weck | Falkenstein | 25. |
| W. Vorberg | Reichenbach | 26. |
| Inge David | Auerbach | 28. |
| G. Hopperditz | Plauen | 28. |
| Karl-H. Jaensch | Plauen | 29. |

Wir wünschen allen eine stabile Gesundheit, viel Glück und Erfolg in den nächsten Jahren und frohe Stunden im Kreis von Freunden und Vertrauten.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

"Von 8 548 festangestellten Hebammen und Entbindungspflegern in Krankenhäusern waren 71,7 % im Jahr 2012 teilzeit- oder geringfügig beschäftigt."

Statistisches Bundesamt

Impressum - Der Vogtlandbote

erausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.05.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.06.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 07.07.2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.